

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker

Lobeck's. *per Tafel 50 ct*

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

Marke: Dreiring

Begleit-Beilage
Die Dresdner Nachrichten sind eine der größten und ältesten Zeitungen in Deutschland. Sie enthält die neuesten Nachrichten aus Dresden und Umgebung, sowie die wichtigsten Ereignisse der Welt. Die Zeitung ist in mehreren Sprachen erschienen und ist in allen Teilen Deutschlands zu beziehen.

Angaben-Zert.
Die Dresdner Nachrichten sind eine der größten und ältesten Zeitungen in Deutschland. Sie enthält die neuesten Nachrichten aus Dresden und Umgebung, sowie die wichtigsten Ereignisse der Welt. Die Zeitung ist in mehreren Sprachen erschienen und ist in allen Teilen Deutschlands zu beziehen.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Kartenstraße 38/40.

Beachten Sie die Schaufenster der

„Raumkunst“

Dresden-A., Viktoriastraße 5/7.

Brautausstattungen
in größter Auswahl bei billigsten Preisen.

Haut-Bleichcreme

„Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wirksam gegen alle Hautkrankheiten, wie Flecken, Hautunreinigkeiten, Ektzema, etc. „Chloro“ Tube 1 Mark; dazu gehörige Chloroseife 60 Pfg. vom Laboratorium „Leo“, Dresden 3. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Parfümerien, Hauptdepot: Löwen-Apotheke, Altmarkt-Ecke.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht-

Lampen einfachster Art bis zu den feinsten kunstgewerblich. Ausführungen in konkurrenzloser Auswahl.

Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Prothesis künstliche Arme, Beine, Füße, Hände, Finger, Stützfüße, Arbeitskanten usw. fertigt nach bewährten Eigenkonstruktionen in künstlerischer Ausführung unter Gewährung besonderer Vergünstigungen an Krankenkassen und Berufsgenossenschaften

Carl Wendschuch's Etablissement **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Bitterung: heiter, warm.
Die Stände des Weiskner Kreises hielten gestern in Dresden einen allgemeinen Kreistag ab.
In Bremen trat der Deutsche Schloßertag zu seiner 27. Tagung zusammen.
Am Rhein und seinen Nebenflüssen ertranken in den letzten Tagen mehr als 30 Personen infolge Überschwemmungen.
In Leipzig findet vom 19. bis 23. Juli eine Beet-Doven-Woche statt.
Die Doharbeiter in Liverpool beschloßen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.
Gegen das japanische Komitee wurde ein weltverbreitetes militärisches Komplott aufgedeckt.
Der bekannte Flieger Latham wurde im Kongohgebiet auf der Jagd von einem Büffel getötet.
Ueber die Grausamkeiten im Gummigebiete Perus werden weitere fürchterliche Einzelheiten veröffentlicht.

Sozialdemokratie und Budget-Verweigerung.

Die Nachricht, daß die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages geschlossen gegen das Budget gestimmt hat, ruft die Erinnerung an den auch für bürgerliche Kreise interessanten und lehrreichen häuslichen Streit wach, der Jahre hindurch in der Sozialdemokratie um die Frage tobte, ob ein selbstbewußter und wacher „Genosse“ einen bürgerlichen Etat bewilligen dürfe. Dieselben badischen „Genossen“, die jetzt reumütig in den Schloß des allseitsigmachenden Parteiradikalismus zurückgekehrt sind, waren es, die seinerzeit durch die Zustimmung zu dem von der badischen Regierung den Ständen vorgelegten Budget den Dohar entzogen und sich so abtäteten, als ob ihnen der Jörn des radikalen Flügel der Partei Deluba sei und keinesfalls ihre selbständige Entscheidungsfreiheit fehlte. Schon die Parteitage der Vorzeit in Weiskner und Dresden brachten im Gegensatz zu den Badenern und den sächsischen „Genossen“ überhaupt den Standpunkt zum Ausdruck, daß, wer den gegenwärtigen Staat und die gesellschaftliche Ordnung umstürzen wolle, auch das Budget nicht bewilligen dürfe. Als das nicht half, wurde auf dem Münchener Parteitag der Vorstoß gegen die feierlichen Budgetbewilliger in größerem Maße erneuert und eine entscheidende Resolution gefaßt, die besagte: „Der Staat, solange er sich in den Händen der bestehenden Klassen befindet, stellt ein Organ der Klassenherrschaft dar und bildet ein Mittel zur Niederhaltung der bedrückten Volksmassen. Die politische Aufgabe der parlamentarischen Klassenkampf ist die Eroberung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner, und jede Politik des Entgegenkommens gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung muß abgelehnt werden. Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtentscheidung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung angesetzt werden muß, ist jeder gegenwärtigen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtentscheidung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere „Genossen“ die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigen Budgets zur Folge haben würde. Die grundsätzliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenlage der bedrückten Volksmasse, die eine unverzöhnliche Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.“ Damit war die Sache zwar grundsätzlich im radikalen Sinne erledigt, aber in der Praxis blieb die Eigenbrödelerei der sächsischen „Genossen“ immer noch weiter bestehen, und so kam es denn auch demselben Anlaß auf dem Magdeburger Parteitag nochmals zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung. Es wurde dort nicht nur das Verbot der Budgetbewilligung im Sinne der Münchener Resolution ausdrücklich erneuert, sondern überdies noch ein weiterer Antrag angenommen, der für wiederholte Verweigerungen dieser Art mit der Inbetriebnahme der parteipolitischen Flugmaschine gegen die Widersacher drohte. Das brachte die sächsischen „Genossen“ gewaltig in Wut, so daß sie durch den Badener Frank die Erklärung abgaben, sie

unterwürfen sich der Parteiführung nicht und würden auch künftig ihre Stellungnahme gegenüber dem Budget lediglich von den jeweiligen Landesverhältnissen abhängig machen; gleichzeitig machten sie feierlich von den Radikalen ihren Rücken bewundern und marschierten geschlossen aus dem Saale. Heute, die das Gras wachsen hören, wollten damals bereits eine Spaltung der Umsturzpartei sich entwickeln sehen. Daraus wurde allerdings nichts, aber immerhin blieb die Unbotmäßigkeit der sächsischen „Genossen“ ein Gegenstand des Kerngeschäftes für die zielbewußten Radikalen in der Partei, die sich bereits auf ein gründliches Scherengericht gegen die Badener auf dem bevorstehenden Chemnitzer Parteitag vorbereitet hatten, falls wieder eine Auflehnung gegen die Münchener Resolution zu verzeichnen gewesen wäre.

Inzwischen ist die Meldung von der Verweigerung des Budgets durch die badischen „Genossen“ ins Land gegangen, und Herr Ledebour, der jetzt an Stelle des mehr und mehr in den Hintergrund tretenden „Alten“ das radikale Oberkommando führt, wird sich der Rückkehr der verirrten revisionistischen Schäfchen in den Schloß des prinzipienfesten revolutionären Radikalismus sehr freuen. Doch auch die einsichtigen bürgerlichen Kreise haben alle Ursache, über die Wendung Genugthuung zu empfinden, weil sie nur dazu beitragen kann, die immer noch in gewissen Kreisen vorhandene Illusion von dem harmlosen Charakter der Revisionisten zu zerstreuen und der Großblod-Schwärmererei einen Riegel vorzuschieben. Die Wichtigkeit dieser Ansicht ergibt sich aus einer Betrachtung der Ursachen, welche die Diktatur der badischen „Genossen“ bestimmt haben. Das Großherzogtum Baden war bekanntlich durch den Minister des Innern von Bodman, der sich als liberaler Großblod-Minister die Grenzen des Faktierens mit der Sozialdemokratie viel zu weit reichte, in allen energisch staatsverhaltenden Kreisen im Reich in hohem Grade gekommen. Die sehr schlagfertigen Urteile, die das Verfaßten dieses Ministers in der deutschen patriotischen Presse hervorrief, blieben augenscheinlich nicht ohne Eindruck an den maßgebenden Stellen Badens. Benutzt wurde die Tatsache verzeichnet werden, daß Herr von Bodman plötzlich in den Seitentritten der Regierungsbühne diskret verschwand, während der Ministerpräsident Freiherr von Dusch in den Vordergrund trat und sich der Partei des Umsturzes gegenüber sehr stark exponierte. Insbesondere lehnte er die Zulassung ausgeprägter Sozialdemokraten zu öffentlichen Reden ab und verhielt sich ebenfalls abweisend gegen die von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erlassene Erklärung, daß sie „auf dem Boden der Verfassung stehe und auf allen Gebieten positive Reformarbeit im Parlament leisten wolle“. Freiherr von Dusch wies demgegenüber föhrl auf die den Worten nicht entsprechenden Taten der Sozialdemokratie hin, gestellte scharf das antinationale Gebahren der Umsturzpartei, und bezeichnete es als eine „Herausforderung und Beleidigung der Regierung“, wenn dieser zugemutet werde, mit der sozialdemokratischen Partei einen Ausgleich zu vollziehen. Das war klar und deutlich und so mannhaft gesprochen, wie es einem überzeugten monarchischen Staatsmann geziemt. Darob vergaßen die Sozialdemokraten des badischen Parlaments Klags ihren gesamten angeblichen Reformeifer, befaßen sich auf ihre revolutionäre Grundnatur und verweigerten das Budget.

Es ist also hier wieder einmal ein überzeugender Beweis dafür geliefert, daß die von unseren bürgerlichen, zum Teil im linksliberalen Lager befindlichen Mauerungsillusionisten verbreitete Behauptung, die Revisionisten seien „zahme“ Elemente ohne nachhaltige revolutionäre Energie, vor den Tatsachen nicht Stich hält. Die Revisionisten suchen lediglich durch verschleierte Redensarten und gelegentliche praktische Abweichungen vom strengen Prinzipienstandpunkt nach außen hin den irreführenden Eindruck bei den zum Mittelstand genigten Volks-schichten zu erwecken, als wenn sie „gar nicht so schlimm“ wären. Gerade darum aber sind sie vom staatsverhaltenden Standpunkt aus als um so gefährlicher zu erachten, und den zielbewußten und energischen bürgerlichen Kämpfern gegen den Umsturz kann es daher nur willkommen sein, wenn Vorgänge, wie sie sich gegenwärtig in Baden abspielt haben, den revisionistischen Zweckpolitikern die Maske vom Gesichte ziehen und sie in ihrer wahren revolutionären Gestalt zeigen. Es bleibt nur zu wünschen, daß die badischen Nationalliberalen aus dieser Erkenntnis die richtige Nutzenanwendung ziehen und sich im Gegen-

satz zu den Fortschrittler, die „unentwegt“ den Sozialdemokraten die Stange halten, von Großblod loslösen, um sich einer gemeinsamen bürgerlichen Sammlungs-politik gegen den Umsturz, wie sie Freiherr von Dusch proklamiert hat, zuzuwenden.

Drahtmeldungen

vom 16. Juli.

Ministerwechsel in Baden.

Berlin. (Priv.-Tel.) In Baden bereitet sich, dem „B. Z.“ zufolge, ein Ministerwechsel vor. Der Minister des Innern Freiherr von Bodman sei fallreif. Schon seit langem erfreue er sich des vollen Vertrauens des Großherzogs nicht mehr. Als sein vorläufiger Nachfolger werde der in Berliner und Karlsruher Kreisen beliebte Ministerialdirektor und Bundesratsbevollmächtigte Dr. Friedrich Riese genannt, der Schwieger-sohn eines der ersten badischen Industriellen. Der jetzige Staatsminister v. Dusch sei schon seit einer Reihe von Jahren amtsüdi und habe bis heute nur auf besonderen Wunsch des Großherzogs aus, der ihn bei einem Abschieden Bodmans als den dienlichsten zum Nachfolger hätte ernennen müssen. Jetzt würden Bodman und Dusch sich in den Ruhestand zurückziehen können, ohne den Großherzog in ein Dilemma zu versetzen.

27. Deutscher Schloßertag.

Bremen. (Priv.-Tel.) Unter Teilnahme von zahlreichen Vertretern fast aller deutschen Schloßerinnungen trat hier der Verband Deutscher Schloßerinnungen zu seiner 27. Tagung zusammen. Diefelbe wurde eingeleitet durch eine Begrüßungsfeier, zu der sich das Präsidium der Bremer Bürgerkass, Vertreter der Gewerkschaften und die Gewerbekommission des Senats eingeladen hatten. Die Beratungen leitete ein Vortrag von Schlanbusch-Hamburg über eine Reihe von für das Handwerk bedeutsamen Fragen ein, worauf Reichardt-Dresden ein Referat über „Schutz der Bauhandwerker gegen den Bauhwindel“ erhaltete. Der Referent war im Gegensatz zu der zurzeit so vielfach propagierten Idee der Selbsthilfe der Ansicht, daß speziell in Bremen und an der Unterweiser mit dieser vielgepriesenen Selbsthilfe nicht viel zu erreichen sein werde und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die hier erstellten Erfolge wohl auf andere Ursachen zurückzuführen sein dürften. Er schlug am Schluß seiner Ausführungen eine Resolution vor, in welcher die Erweiterung des ersten Abschnitts des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen nach der Richtung hin verlangt wird, daß eine zwangsweise Verpflichtung zur Führung des Bauhunds festgelegt werde, ferner Schöffensämter zur Abhängung der Bauhellen und deren Vorbekleidung geschaffen und ebenso die Verpflichtung der Gelddarleher, entweder selbst als Treuhänder zu wirken oder einen solchen zu stellen, gesetzlich fixiert werden soll. — Marcus-Berlin referierte über „Kreditbeschaffung für das Handwerk“ und teilte mit, daß mit Rücksicht auf das große Kreditbedürfnis des Handwerks man daran gegangen sei, in der Reichshauptstadt eine Gesellschaft zur Beschaffung des Betriebskapitals für Handwerker zu gründen, die ihre Tätigkeit auf das ganze Reich ausdehnen soll.

Arbeitsnachweise für ländliche Arbeiter.

Berlin. (Priv.-Tel.) Einer hiesigen norddeutschen Korrespondenz zufolge wird der nächste preußische Etat zum ersten Male Mittel zur Unterstützung der Arbeitsnachweise für ländliche Arbeiter bereitstellen.

Auf der Suche nach Branning.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach einer der „Nationalzeitung“ zugehenden privaten Meldung soll es heute in den späten Nachmittagsstunden gelungen sein, den Kaiser-Boten Branning, der die Dresdner Bank um 200 000 Mk. geschädigt hat, festzunehmen. Er sei von dem kleinen Landboten einer hiesigen Knopffabrik erkannt worden. Der Junge habe zwei Polizeibeamten von seiner Wahrnehmung Kenntnis gegeben, worauf alle drei die Verfolgung des Branning aufgenommen hätten. Dieser sei bald eingeholt worden und soll auch sofort eingekerkert haben, daß er der gesuchte Defraudant sei. An polizeilicher Stelle wird dagegen erklärt, daß von einer Verhaftung Branning keine Rede sein könne. Bis zur Stunde sei auch im hiesigen Polizeipräsidium keine Meldung beizubringen den Inhabits erfolgt.

Streikterror.

Mannheim. (Priv.-Tel.) In Friedrichsfelde bei Mannheim haben streikende Arbeiter der Deutschen Steinzeugfabrik Arbeitswillige in die Fabrik zurückgejagt und einige von ihnen schwer mißhandelt. Ein Arbeitswilliger mußte mit zehn Messerischen in das Krankenhaus nach Heidelberg gebracht werden. Er soll angeblich in der Notwehr vorher drei Schüsse abgegeben haben.

Opfer unvorsichtigen Badens.

Mannheim. (Priv.-Tel.) In den letzten beiden Tagen sind insgesamt im Rhein auf der Strecke Obf. abwärts 22 Personen beim Baden ertrunken. Fast alle ertritten bei der außerordentlichen Wärme Ohnmacht. Auch an den Seitentälern des Rheins werden viele ähnliche

ufen
an
ter.